



Pressefoyer | Dienstag, 12. Juli 2016

## **Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderung als Selbstverständlichkeit**

**Vorarlberger Integrationshilfe-Bericht 2015: Erfolgreich auf dem Weg zur sozialen  
Inklusion**

mit

**Landeshauptmann Markus Wallner**

**Landesrat Christian Bernhard**

(Gesundheitsreferent der Vorarlberger Landesregierung)

**Elisabeth Tschann**

(Fachbereich Integrationshilfe in der Abteilung Gesellschaft und Soziales)

# **Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderung als Selbstverständlichkeit**

## **Vorarlberger Integrationshilfe-Bericht 2015: Erfolgreich auf dem Weg zur sozialen Inklusion**

**Ein wichtiges sozialpolitisches Ziel des Landes Vorarlberg besteht darin, Inklusion von Menschen mit Behinderung im Sinne von Partizipation zu verwirklichen. Der Integrationshilfe-Bericht 2015 stellt dieses Anliegen in den Fokus. Er liefert erstmals konkrete Zahlen und Daten zur aktuellen Situation der Integrationshilfe in Vorarlberg, zeigt Herausforderungen auf und beleuchtet die künftige Entwicklung. "Auf dieser Basis wollen wir den eingeschlagenen Weg konsequent weitergehen, damit das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderung in unserem Land zur Selbstverständlichkeit wird", so Landeshauptmann Markus Wallner und Landesrat Christian Bernhard.**

"Kein Mensch soll wegen Unterschieden zu anderen Menschen oder aufgrund persönlicher Defizite aus der Gemeinschaft ausgeschlossen sein. Menschen mit Behinderung werden breit unterstützt, ihre Rechte und Bedürfnisse sind allen bewusst. Erkennbare Benachteiligungen und Hindernisse sollen abgeschafft werden", so Landeshauptmann Wallner und Landesrat Bernhard. Die UN-Behindertenrechtskonvention fordert die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen. Inklusion wird als schrittweiser gesellschaftlicher Prozess gesehen, in dem es Denken und Verhalten ständig zu überprüfen gilt.

### **Sensibilität erhöhen und Solidarität stärken, um Inklusion zu verwirklichen**

Die Aktivitäten des Landes zielen darauf ab, in der Gesellschaft die Sensibilität zu erhöhen und die Solidarität zu stärken. Die Forderung nach sozialer Inklusion ist verwirklicht, wenn jeder Mensch die Möglichkeit hat, an der Gesellschaft in vollem Umfang teilzuhaben oder teilzunehmen. Grundlegend für die Partizipation aller Menschen in sämtlichen Lebensbereichen ist der barrierefreie Zugang. Jeder Mensch – mit oder ohne Behinderung – soll seinen Platz inmitten der Gesellschaft finden können.

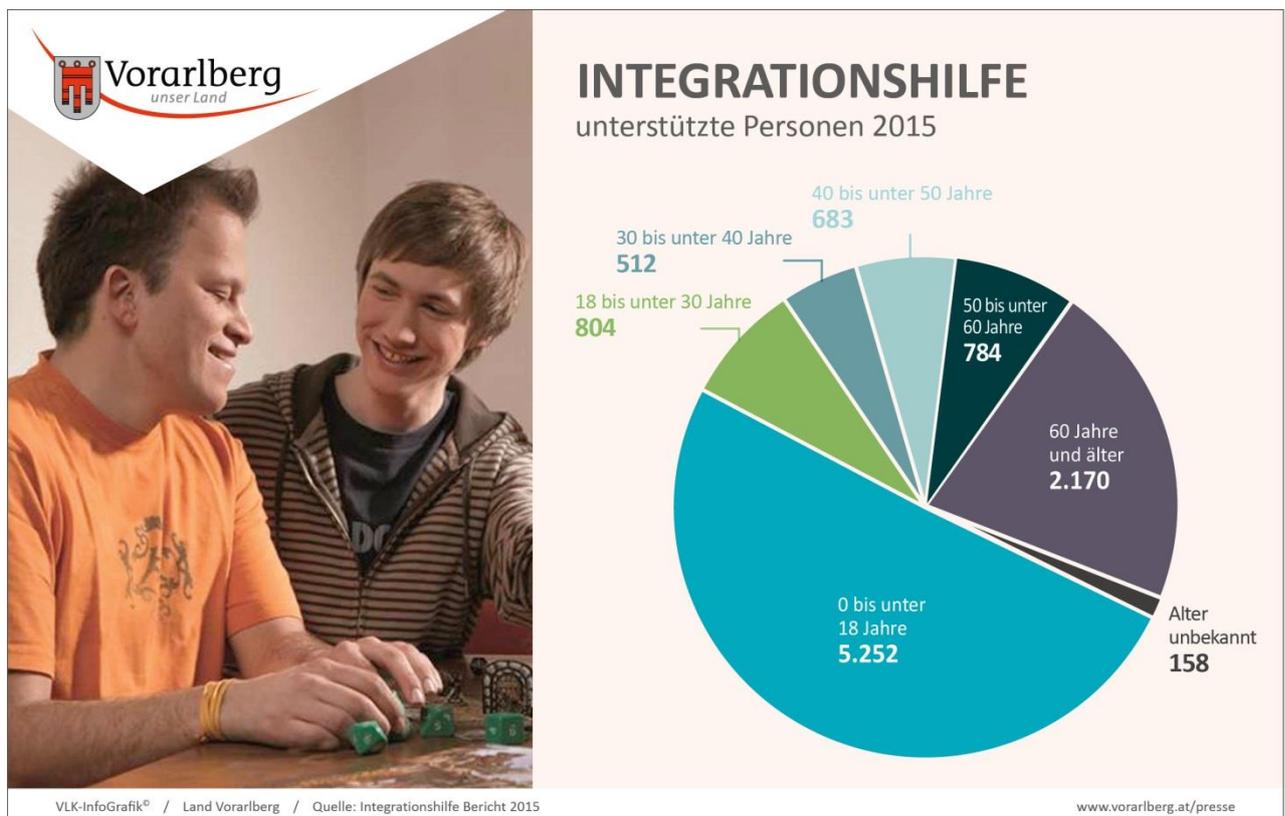
Im Strategiepapier zur künftigen Ausrichtung der Integrationshilfe in Vorarlberg, die gemeinsam mit allen Trägern und dem Gemeindeverband Vorarlberg erarbeitet wurde, werden die wesentlichen Herausforderungen bei der Umsetzung von Inklusion genannt:

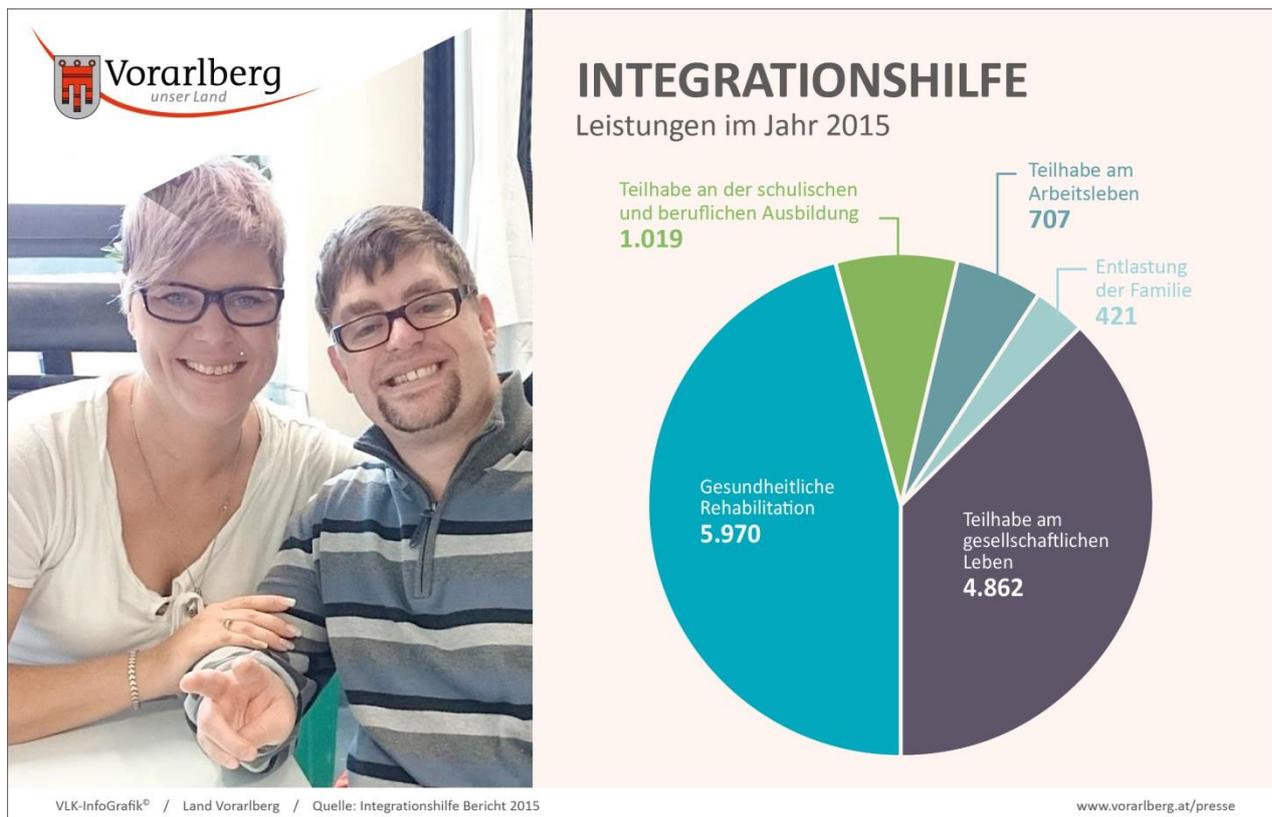
- Gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention

- Immer mehr Menschen mit erheblichen Behinderungen sind ohne Unterstützung durch ein funktionierendes Familiensystem. Zugleich steigt die Zahl zunehmend erschöpfter Angehöriger sowie alleinerziehender Eltern von Kindern mit Behinderung.
- Eine wachsende Zahl alter Menschen mit Behinderung, die während ihres Erwerbslebens intensiv betreut wurden und daher bis ins hohe Alter eine tagesstrukturierende Maßnahme benötigen.
- Die Zunahme der Zahl von Menschen mit komplexem Unterstützungsbedarf.

## Über 70 Millionen Euro für flächendeckende Integrationshilfe-Angebote

Angebote der Integrationshilfe stehen in ganz Vorarlberg flächendeckend zur Verfügung (siehe Grafik im Anhang). Mit diesen Einrichtungen und gemeinsam mit vielen engagierten Menschen sowie mit beträchtlichen Mitteln der öffentlichen Hand konnte in der Integrationshilfe viel bewegt werden. In den letzten vier Jahren sind die Integrationshilfe-Ausgaben aus dem Vorarlberger Sozialfonds um 14,5% gestiegen. 2015 wurden 72,4 Millionen Euro aus dem Sozialfonds (60% Land, 40% Gemeinden) aufgebracht, mit denen Leistungen für 10.363 Menschen finanziert wurden. Das Gros der unterstützten Personen ist unter 18 Jahre alt, was die zukünftigen Herausforderungen in den Bereichen Frühförderung, Qualifizierung und Wohnen verdeutlicht.





Besonders die ambulante Versorgung, die Beratung, Begleitung, Therapie und Assistenz beinhaltet, ist bis in die Talschaften des Landes hinein gewährleistet. Damit wird sichergestellt, dass Betroffene die nötigen Leistungen daheim erhalten und so weiter ihren Lebensmittelpunkt in ihrer gewohnten Umgebung, in ihrem familiären und sozialen Umfeld leben können.

352 Jugendliche und Erwachsene wohnen zurzeit in stationären Einrichtungen der Caritas, Jesuheim, Lebenshilfe und Stiftung Jupident,  
 67 Jugendliche und Erwachsene sind teilbetreut in Einrichtungen der Caritas, ifs, Lebenshilfe, Stiftung Jupident untergebracht und  
 185 Personen wohnen bereits eigenständig mit ambulanter Begleitung.

### Weg in die Eigenständigkeit forcieren

- 2015 wurden 10,4 Millionen Euro für die gesundheitliche Rehabilitation aufgebracht. 8,9 Mio davon erhielten 2.936 Kinder für Leistungen im Bereich der Frühförderung durch ambulante und tagesklinische neurologische Rehabilitation, ambulante Therapien, Förderung der Sprache und des Sprechens, Förderung der Wahrnehmung und Förderung der Autonomie
- 2 Millionen Euro für Familiententlastung in und außerhalb der Familie durch verschiedene Maßnahmen
- 7,5 Millionen Euro für die Teilhabe am Arbeitsleben: Förderung von Arbeitsplätzen in der Wirtschaft durch Lohnkostenzuschüsse. Ziel ist die Integration in bestehende Strukturen (keine eigenen Betriebe für Menschen mit Behinderung, kein Ausbau von betreuten Werkstätten). Aktuelles Beispiel ist die Aktion "Inklusionsfreundliche Betriebe", die jetzt

gestartet wurde und Firmen auszeichnet, die Menschen mit Behinderung in ihrem Betrieb anstellen.

- 42 Millionen Euro für die gesellschaftliche Teilhabe, davon 34,6 Millionen allein für stationäre und teilstationäre Strukturen.  
Das Prinzip der Inklusion bedeutet für die Zukunft, dass insbesondere jene Maßnahmen verstärkt werden, die den Betroffenen das selbstbestimmte Leben ermöglichen. Künftig steht der verstärkte Ausbau ambulanter Hilfen (Vorbereitung auf ein Leben in Selbständigkeit, ambulante Wohnbegleitung, Selbsthilfe und Netzwerkarbeit, ambulante Begleitung bzw. Unterstützung zur Alltagsbewältigung) im Lebensbereich der Betroffenen im Vordergrund. Derzeit 4,3 Millionen Euro.

### **Konkrete Integrationshilfe-Maßnahmen 2016/2017**

- Inklusive Region Vorarlberg: Parallel zum Integrationshilfe-Bericht wird derzeit ein Bedarfs- und Entwicklungsplan erstellt, um die Planung zukünftiger Angebote im Bereich Wohnen rechtzeitig und punktgenau in Augenschein zu nehmen.
- Flächendeckende Persönliche Assistenz wird erprobt: Eine Auftaktveranstaltung hat im April 2016 mit verschiedenen Arbeitsgruppen zur Ausarbeitung stattgefunden. Ziel ist es, dass bis 2018 150 Personen mit Behinderung persönliche Assistenz erhalten. Als Servicestelle wurde der Verein "Persönliche Assistenz Vorarlberg" beauftragt.
- Das Heilpädagogische Konzept ist erarbeitet und wird umgesetzt. Es entspricht dem aktuellen Stand der Forschung und den übergeordneten Leitlinien des Sozialfonds. Unter der Trägerschaft von Jupident wird im Herbst 2016 ein heilpädagogischer Kindergarten mit sieben Plätzen in Dornbirn eröffnet, der in enger Kooperation mit der Schulabteilung betrieben wird. Es gibt in Ergänzung zur Sozialpsychiatrie eine klare Positionierung zu präventiven, heil- und sozialpädagogischen Angeboten unter anderem zu diesbezüglichen Erstanlaufstellen. Die heilpädagogischen Sprechstage werden in Zusammenarbeit von IfS, aks und Pro mente unter Einbindung der Kinder- und Jugendhilfe ausgebaut und ab Herbst 2016 gestartet.
- Schulassistenz: Integration im Regelschulwesen ist ein wichtiges Ziel der Integrationshilfe. Ein Kompetenzteam aus Integrationshilfe und Schulabteilung erarbeitet realistische Rahmenbedingungen, Zielgruppen und Wirkungsziele zur Umsetzung.

### **Eine spezielle Herausforderung: Behinderung im Alter**

Dieses Thema gewinnt in den kommenden Jahren an Bedeutung, weil der hohe Lebensstandard der Gesellschaft und die gute medizinische Versorgung zu einer allgemein steigenden Lebenserwartung beitragen. Menschen mit erheblicher Behinderung leben oft in Abhängigkeit von Eltern, Betreuungspersonen und Einrichtungen und können im erwerbsfähigen Alter meist keine Pensionszeiten erwerben. Sie können auch nur selten selbst eine Familie gründen. Umso bedeutender ist der Aufbau und Erhalt eines tragfähigen sozialen Umfeldes für alte Menschen mit Behinderung.

Älter werdende Menschen mit Behinderung haben in der Regel denselben Wunsch wie alle anderen auch. Sie wollen so lange wie möglich in ihrer bekannten Umgebung bleiben, und zwar unabhängig davon, ob ihr Zuhause in der Familie oder in einem Wohnheim ist. Dementsprechend gilt es die Pflegeheime für diese Anforderungen vorzubereiten, zu qualifizieren und die notwendigen Strukturen zu schaffen, damit sie alten Menschen mit Behinderung ein angemessenes und attraktives Angebot machen können. Bis Ende 2018 sollen 30 alte Menschen mit Behinderung und Pflegebedarf aus Einrichtungen der Integrationshilfe in Pflegeheime/Sozialzentren übersiedeln können. Ein Kompetenzteam, um entsprechende Maßnahmen zu definieren, wird im Sommer 2016 nominiert.

"Inklusion gelingt, wenn möglichst viele Menschen mitmachen. Jede und jeder kann in seinem Umfeld dazu beitragen. Und je mehr wir über Inklusion von Menschen mit Behinderung wissen, desto eher schwinden Vorbehalte und Berührungsängste", so Landeshauptmann Wallner und Landesrat Bernhard abschließend. Im nächsten Jahr soll erneut ein Integrationshilfe-Bericht erscheinen.

# INTEGRATIONSHILFE ANGEBOTE

